



Nr. 327 | 16.04.2024

Polen-Analysen

Außenpolitische Ziele der neuen Regierung in Polen – Chancen und Risiken

■ ANALYSE	
Die Rückkehr Polens auf die internationale Bühne. Außenpolitik und Thinktanks	2
Joanna Andrychowicz-Skrzeba, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Warschau	
■ DOKUMENTATION	
Das Außenministerium der Republik Polen – 100 Tage im Amt	7
■ CHRONIK	
19. März – 15. April 2024	9

Die Rückkehr Polens auf die internationale Bühne. Außenpolitik und Thinktanks

Joanna Andrychowicz-Skrzeba, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Warschau

DOI: 10.31205/PA.327.01

Zusammenfassung

Trotz der innen- und außenpolitischen Hürden, welche die Mitte-links-Regierung (seit Dezember 2023) als Altlasten übernommen hat, besteht die Chance, dass Polen eine neue zentrale Position einnehmen und ein wichtiger Partner und Ideenstifter für die EU wird. Die guten Beziehungen führender Regierungsvertreter zu vielen jetzigen und ehemaligen europäischen Entscheidungsträgern, ihre innen- und außenpolitische Erfahrung sowie die wichtige Rolle, die Polen für die Unterstützung der Ukraine spielt, können gute Voraussetzungen dafür sein. Dazu werden neue Ideen und Lösungen für die EU-Reformen, eine neue Osteuropapolitik sowie die Herausforderungen, vor denen die EU steht, benötigt. In deren Vorbereitung sollten führende polnische Thinktanks miteinbezogen werden.

Die politischen Veränderungen in Polen, die mit den von der Opposition gewonnenen Parlamentswahlen am 15. Oktober 2023 einhergingen, haben einem großen Teil der polnischen Gesellschaft neue Hoffnung gemacht. Sie haben jedoch auch zu Turbulenzen geführt, z. B. bei der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der Entpolitisierung der öffentlichen Medien.

Der angekündigte Wandel ist auch in der Außenpolitik zu spüren. Die von der nationalkonservativen Regierung betriebene Politik hat in den acht Jahren ihrer Regierungsverantwortung (2015–2023) zu Problemen auf internationaler Bühne geführt, z. B. mit Deutschland, Frankreich und Israel und während des Wahlkampfes auch mit dem bisher engen Freund Ukraine, die am 24. Februar 2022 von Russland überfallen wurde. Bundeskanzler Olaf Scholz' Ankündigung einer Zeitenwende (27. Februar 2022) infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hatte die deutsch-polnischen Beziehungen nicht verbessert. Deren Ziel hätte es sein können, gemeinsam der Ukraine zu helfen und gemeinsame Impulse für eine neue europäische Ostpolitik, auch gegenüber Russland, zu setzen, zumal sich Deutschland nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine gegen Russland ausgesprochen und die Notwendigkeit nicht nur einer eigenen, sondern auch einer europäischen Verteidigungspolitik akzeptiert hat (auch wenn es Zeit und Druck brauchte, dass Deutschland seine Denk- und Handlungsweise änderte). Polen, direkter Nachbar der angegriffenen Ukraine, bekräftigte seinerseits die Notwendigkeit, seine eigenen Verteidigungskapazitäten zu stärken, was sich in zahlreichen Großaufträgen des polnischen Verteidigungsministeriums für den Kauf von militärischer Ausrüstung für die Armee widerspiegelte.

Fehlende Kooperationskompetenz der nationalkonservativen Regierung

Polens vorrangiges Interesse angesichts des Krieges in der Ukraine besteht darin, seine eigenen Grenzen zu sichern und mit Europa und den USA im Rahmen der NATO eng zu kooperieren, um die gemeinsame Sicherheit zu gewährleisten. Dazu bedarf es der Zusammenarbeit und der Suche nach Anknüpfungspunkten. Die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), welche die Regierung bis 2023 anführte, versuchte, die Zusammenarbeit mit den USA auszubauen. Präsident Andrzej Duda, der der PiS nahesteht, spielte dabei eine wichtige Rolle, aber der Partei fehlte die Verhandlungskompetenz innerhalb der Europäischen Union, mit der sie vor allem über die eingeführten Veränderungen im polnischen Justizwesen und die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit stritt. Die direkten Angriffe der nationalkonservativen Regierung auf die EU und Berlin führten auch zu einer deutlichen Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland, dem wichtigsten Akteur innerhalb der Gemeinschaft und Polens wichtigstem Wirtschaftspartner. Mit Frankreich war die Situation nicht besser, was die Einfrierung der Aktivitäten des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen) mit sich brachte. In Polen fehlte es an Reflexion über die von Olaf Scholz angekündigte neue europäische Ostpolitik, die die Positionen und Anliegen der mittel- und osteuropäischen Länder berücksichtigen würde. Zudem hatte sich die PiS-Regierung in eine schwierige Lage gebracht: Selbst wenn sie die Zusammenarbeit mit Deutschland als strategisch wichtig erachtet hätte, hätte sie eine solche Kehrtwende ihren Wählern angesichts ihrer jahrelangen antideutschen Politik nicht glaubhaft erklären können. Die Oppositionsparteien wiederum hatten mangels Mehrheit im polnischen Parlament kein Mit-

spracherecht bei der Gestaltung der polnischen Außenpolitik. Die Opposition wurde von der PiS nicht in die Entscheidungsprozesse in Bezug auf die Ukraine eingebunden, Entscheidungen wurden ohne sie zu konsultieren und unter Umgehung der Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates getroffen.

Die neue Regierung und die Altlasten ihrer Vorgänger

Es ist nicht auszuschließen, dass die Effektivität der Arbeit der Mitte-links-Regierung (seit Dezember 2023), auch in der Außenpolitik, noch einige Zeit durch innenpolitische Probleme beeinträchtigt werden wird. Die in den vergangenen Wochen in den Ministerien durchgeführten Überprüfungen der Tätigkeiten der letzten Jahre, die Konzentration auf innere Angelegenheiten wie die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, aber auch die Zwänge, die sich aus der Bildung einer Koalition aus vier weit voneinander entfernten Parteien (von den Konservativen bis zu den Linken) ergeben, und schließlich die Kohabitation der Regierung mit dem PiS-nahen Präsident Andrzej Duda können bestimmte Entscheidungen verlangsamen. Bisher schien die Möglichkeit, Botschafter in wichtigen Partnerländern auszutauschen, zweifelhaft – es wurde vermutet, dass der Präsident die Änderungen nicht bewilligen würde. Trotzdem sind die Entscheidungen im März 2024 gefallen und es wurden rund 50 Botschafter abberufen. Sie werden entweder ausgetauscht oder die Botschaften werden im Falle der Weigerung des Präsidenten durch Chargé d’Affaires geleitet. Seinen Posten verliert u. a. der Botschafter in Berlin, nicht zuletzt wegen der Vorbereitungen der Regierungskonsultationen zwischen Polen und Deutschland, die am 2. Juli 2024 stattfinden werden.

Auch die Ressentiments gegenüber Deutschland, die in den letzten Jahren von der PiS in der Gesellschaft geschürt wurden, können erhebliche Auswirkungen auf die Politik der neuen Regierungskoalition haben. Für sie stellt sich die Frage, wie sie mit dem Thema Deutschland und der Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen umgehen soll, was für die Sicherheit Polens von zentraler Bedeutung ist. Wie lässt sich nach acht Jahren antideutscher Kampagnen einem großen Teil der polnischen Gesellschaft die Notwendigkeit einer engen und partnerschaftlichen(!) Zusammenarbeit mit Deutschland erklären? Wie soll man die getroffenen Entscheidungen darstellen, wenn man acht Jahre lang beschuldigt wurde, ein »Agent Deutschlands« zu sein und im Interesse des Nachbarn zu handeln? Daraus möglicherweise resultierende Selbstbeschränkungen können eine starke Bremse sein. Umso wichtiger sind Führungspersonen in der Diplomatie, die zielgerichtet und mit Erfahrung und Entschlossenheit konkrete Lösungen und ihre Umsetzung vorantreiben.

Proeuropäisch für ein starkes Polen

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten scheint die neue polnische Regierung eine echte Chance zu haben, die Beziehungen zwischen Polen und der Europäischen Union und ihren einzelnen Mitgliedsstaaten, darunter vor allem Deutschland, wieder positiv zu gestalten. Die ersten Schritte wurden von Ministerpräsident Donald Tusk bereits unternommen: An seinem ersten Tag im Amt am 13. Dezember 2023 fuhr er nach Brüssel zum Gipfel des Europäischen Rates, wo er von den europäischen Entscheidungsträgern begrüßt wurde, als sei ein lang ersehnter Partner zurückgekehrt. Die erste Tranche aus dem National Recovery Plan – fünf Milliarden Euro – wurde bereits freigegeben, die nächste Zahlung wird im April 2024 erwartet; weitere sollen folgen. Die Stimmung in Brüssel um Donald Tusk ist sehr gut, und das allein macht schon große Hoffnungen für die Zukunft. Der neue-alte Außenminister Radosław Sikorski (bereits 2007–2014 unter dem damaligen Regierungschef Tusk im Amt) machte seinen ersten Antrittsbesuch in Kiew; wenig später traf er seine Amtskollegin Annalena Baerbock in Berlin, mit der er sich offenbar gut verstand. Mitte Februar 2024 starteten beide Politiker eine diplomatische Offensive: Ministerpräsident Tusk traf Präsident Emmanuel Macron in Paris und Bundeskanzler Scholz in Berlin. Gleichzeitig kam Radosław Sikorski im Rahmen des Weimarer Dreiecks mit Annalena Baerbock und dem französischen Chefdiplomaten Stéphane Séjourné zusammen. Die engen persönlichen und beruflichen Kontakte von Ministerpräsident Tusk und Minister Sikorski zu aktuellen und ehemaligen Entscheidungsträgern vieler europäischer Länder ermöglichten vom ersten Tag ihrer Amtszeit an intensive Gespräche; das Misstrauen, das die Kontakte zwischen der Vorgängerregierung und den EU-Mitgliedern und -Behörden begleitete, schwindet.

Zweifellos räumt die neue polnische Regierung der Wiedererlangung einer gestaltenden, einflussreichen Position Polens auf internationaler Bühne, auch in der Ostpolitik, Priorität ein. Hier sei an das Engagement der vorherigen PO-Regierung (2007–2015) erinnert, welcher der politisch sehr ehrgeizige Radosław Sikorski ebenfalls als Außenminister angehörte. Mit ihm gelang es Polen, das polnisch-schwedische Projekt der Östlichen Partnerschaft durchzusetzen, das die polnische Ostpolitik mit der Europäischen Union verknüpft. Sikorskis starkes Engagement zeigte sich auch bei den Versuchen, die Lage in der Ukraine nach der Annexion der Krim durch Russland und dem Ausbruch des Krieges im Donbass 2014 zu stabilisieren. Eine Enttäuschung seiner Politik war hingegen der Ausschluss Polens von den Gesprächen im Normandie-Format zwischen Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland.

Aber nicht nur frühere Ambitionen, eine Rolle in der internationalen Politik zu spielen, sind hier von Bedeutung. Es genügt, einige der jüngsten Äußerungen von Ministerpräsident Tusk zu analysieren, etwa sein Exposé im Sejm am 12. Dezember 2023 und seine Laudatio in Potsdam im September 2022 im Rahmen des M100 Sanssoucis Colloquium. Im Sejm betonte Tusk, wie wichtig es ist, dass Polen seinen rechtmäßigen Platz auf der europäischen Bühne wiedererlangt: »Ich glaube nicht, dass ich irgendjemanden davon überzeugen muss [...], wie wichtig es ist, unser nationales Dogma zu bekräftigen, dass [...] Polen seine Position als Leader der Europäischen Union wiedererlangen wird, dass Polen seine Stärke, seine Position, die es verdient, [...] seine Position als Leader in der EU durch Zusammenarbeit und durch Respekt vor dieser größeren Gemeinschaft, die Europa heute ist, aufbauen wird.« In Potsdam hingegen zeigte er sich als starker Politiker, der an den Westen, vor allem an Deutschland, appellierte, die Ukraine weiterhin entschieden zu unterstützen, und er scheute sich nicht, hohe Töne anzuschlagen: »Wenn das Schuld- und Verantwortungsgefühl für den Zweiten Weltkrieg die Deutschen heute zu irgendetwas verpflichten sollte, dann vor allem dazu, sich unmissverständlich und voll auf die Seite der Ukraine im Kampf gegen den Aggressor zu stellen. Und dazu, an die Frage der Wiedergutmachung gegenüber den Völkern, die den höchsten Preis für den Wahn des Nationalsozialismus gezahlt haben, ernsthaft und ehrlich heranzugehen.«

In der aktuellen polnischen Regierung sind die Positionen, die die Außenpolitik prägen, mit erfahrenen Politikern besetzt, welche die Materie und die Strukturen des Außenministeriums sowie der EU kennen und Kontakte sowie vor allem einen Sinn für Machtgefüge und -bedingungen haben. Wie Donald Tusk in seinem Exposé sagte, wird er sich von der EU nicht täuschen lassen. Der ehemalige Präsident Aleksander Kwaśniewski sieht Tusks Position ähnlich, wie er in einem von der Polnischen Presseagentur (Polska Agencja Prasowa – PAP) zitierten Interview nach der Verlesung des Exposé im Sejm sagte: »In die europäische Politik geht ein Politiker, der wahrscheinlich der erfahrenste oder zumindest einer der erfahrensten ist. [...] Es kehrt ein Politiker in die europäische Politik zurück, der wirklich ein Schwergewicht ist, dessen Meinung berücksichtigt wird und der ohne Zweifel oder Verdacht, nicht europäisch zu sein, zum Beispiel auf die Unausgereiftheit einiger Projekte hinweisen kann, welche die Europäische Union vorbereitet.«

Chancen auf eine zentrale Position

Im Außenministerium selbst besteht offenbar der Wunsch, zu den Lösungen zurückzukehren, von denen sich die PiS verabschiedet hatte. Dies gilt vor allem für

Personalfragen. Die PiS hat auf vielen Ebenen des Ministeriums radikale Personalveränderungen vorgenommen und zahlreiche erfahrene Diplomaten entlassen. Einige von ihnen werden nun wieder in das Ministerium geholt, wie etwa Marek Prawda, der Unterstaatssekretär geworden ist. Die Wiedereinstellung von Prawda, dem ehemaligen polnischen Botschafter in Berlin, aber auch die Ernennung von Władysław Bartoszewski Junior, dem Sohn des »Symbols« der deutsch-polnischen Aussöhnung, Professor Władysław Bartoszewski, zum Staatssekretär im Außenministerium kann als Zeichen an Deutschland und als Wille zur Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen verstanden werden.

In diesem Zusammenhang bietet sich Polen mit dem Regierungswechsel auch die einzigartige Gelegenheit, seine Position in Europa und damit seine eigene und die europäische Sicherheit zu stärken. Die Bildung einer neuen Regierung ermöglicht Polen, neue Autorität in Europa zu erlangen. Bestimmte Voraussetzungen dafür sind bereits vorhanden. Beim Ausbruch des Krieges in der Ukraine gab es zum einen die beispiellose Hilfe der polnischen Gesellschaft für die Ukrainer, die zu Millionen ins Land strömten und von denen schließlich rund eine Million Menschen in Polen geblieben sind. Hinzu kommt die wichtige Position Polens als Drehscheibe für die Lieferung von Militärausrüstung in die Ukraine. Polen spielte lange Zeit während des Krieges eine wichtige Rolle als Vertreter der ukrainischen Interessen, doch seine schlechten Beziehungen zur EU und die Erschöpfung seiner Verhandlungs- und Militärkapazitäten führten dazu, dass sich der Schwerpunkt der ukrainischen Interessen auf das strategisch wichtigere Deutschland verlagern musste. Die Notlage der Ukraine bei der Gewährung europäischer und US-amerikanischer Finanzmittel für die weitere Verteidigung des Landes könnte Polen jedoch wieder den Weg für eine stärkere Unterstützung der Ukraine öffnen.

Institutionen der Politikberatung

Um Polen auf eine einflussreiche Position zu führen und seinen Partnern konstruktive Vorschläge für eine konsequente und ehrgeizige Außenpolitik zu unterbreiten, können Außenminister Sikorski und Ministerpräsident Tusk auf Institutionen der Politikberatung zurückgreifen, von denen Impulse zu EU-Reformen, zur Verteidigungspolitik oder zur Gestaltung einer neuen europäischen Ostpolitik ausgehen. Gerade ein Jahr bevor Polen in der ersten Jahreshälfte 2025 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernehmen wird, sollten aus verschiedenen fachpolitischen Kreisen Impulse zur Festlegung der Prioritäten kommen. In Polen gibt es nicht viele Thinktanks, die sich mit außenpolitischen Fragen befassen.

Zu den öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Institutionen gehören:

- das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych – PISM),
- das Zentrum für Oststudien (Ośrodek Studiów Wschodnich im. Marka Karpia – OSW),
- das Westinstitut (Instytut Zachodni im. Zygmunta Wojciechowskiego – IZ).

Das Institut für Mitteleuropa (Instytut Europy Środkowej) in Lublin, das 2018 von der PiS-Regierung als Ersatz für das von ihr liquidierte Institut für Mittel- und Osteuropa (Instytut Europy Środkowo-Wschodniej) gegründet wurde, kann ebenfalls dazugezählt werden.

Die wichtigsten unabhängigen, nichtstaatlichen Zentren, die sich mit außenpolitischen Fragen befassen, sind:

- die Kazimierz-Pułaski-Stiftung (Fundacja im. Kazimierza Pułaskiego),
- der German Marshall Fund (GMF),
- der European Council on Foreign Relations (ECFR),
- das Zentrum für Internationale Beziehungen (Centrum Stosunków Międzynarodowych – CSM).

Die oben genannten regierungsnahen Einrichtungen werden aus öffentlichen Mitteln finanziert. Ihre Direktoren werden vom Ministerpräsidenten i. d. R. für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt. Nach acht Jahren nationalkonservativer Regierung saßen in den Gremien dieser Institute bis vor kurzem noch Personen mit engen Verbindungen zur PiS. Die Einrichtungen sind zwischen Politik und unabhängiger wissenschaftlicher Analyse angesiedelt, sie unterstützen Entscheidungsträger und Diplomaten, initiieren öffentliche Fachdebatten und verbreiten Wissen über aktuelle Entwicklungen in den internationalen Beziehungen. Ihre Forschungsbereiche sind der Nahe Osten und Afrika, Asien und die Pazifikregion, Ost- und Mitteleuropa, die Europäische Union und das Weimarer Dreieck (PISM); die Innen- und Außenpolitik Russlands, Belarus', der Ukraine, Moldawiens, der Türkei, des Kaukasus und Zentralasiens, Chinas, der Länder Mittel- und Osteuropas, Deutschlands und Nordeuropas sowie Sicherheit und Verteidigung (OSW); Deutschland und die aktuellen Entwicklungen sowie die deutsch-polnischen Beziehungen (IZ).

Diese drei Institute sollen, so die gesetzliche Festlegung, staatlichen Einrichtungen Wissen und Expertise in den Bereichen Außenpolitik, Europapolitik sowie bilaterale und multilaterale Beziehungen zur Verfügung stellen. Die Zusammensetzung ihrer Leitung und ihrer Räte aus der PiS-Ära war nach dem Regierungswechsel kein Garant für gute Zusammenarbeit und Vertrauen zwischen ihnen und den nun neu besetzten Ministerien und staatlichen Institutionen. Daher wurde zu Recht erwartet, dass die von der PiS ernannten Vorstände und Räte rasch abgelöst werden und die Institute unter neuer Führung die Möglichkeit erhalten, Ideen zu ent-

wickeln und den Entscheidungsträgern Impulse für die Neuausrichtung der polnischen Außenpolitik zu geben. Die Umbesetzung hat mit dem politisch am stärksten belasteten der drei Zentren, dem Westinstitut, begonnen. Nur zwei Wochen nach der Vereidigung der neuen Regierung wurde auf Beschluss des Ministerpräsidenten der bisherige Rat, dem Politiker und Professoren mit direkten oder engen Verbindungen zur PiS angehörten, abgelöst. Auch der Rat des PISM wurde personell neu aufgestellt.

Die zweite Gruppe von Einrichtungen, die außenpolitischen Entscheidungsträgern Impulse für die Gestaltung der Außenpolitik geben sollen, sind unabhängige Organisationen und Denkfabriken, die nicht aus dem öffentlichen Haushalt finanziert werden. Zu den – auch international – bekanntesten und angesehensten gehören die Kazimierz-Pułaski-Stiftung, der German Marshall Fund, der European Council on Foreign Relations und das Zentrum für Internationale Beziehungen.

Die Kazimierz-Pułaski-Stiftung ist auf Außenpolitik und internationale Sicherheit und Resilienz (Wirtschaft, Energie, Cybersicherheit) spezialisiert. Auch ihr Haupttätigkeitsbereich ist die Erstellung von Analysen zur Beschreibung und Erklärung internationaler Ereignisse und Entwicklungen mit Empfehlungen und Lösungen für Entscheidungsträger in Regierung und Wirtschaft. Die Pułaski-Stiftung betont ihre Eigenständigkeit und weltanschauliche Neutralität. Ihre Finanzierungsquellen sind Zuschüsse von internationalen und nationalen Institutionen (75 Prozent der Einnahmen im Jahr 2022), Partnerschafts- und Sponsoringverträge (23 Prozent) und Spenden für satzungsgemäße Zwecke (zwei Prozent). Zwischen 2015 und 2022 kamen die Mittel u. a. vom US-Außenministerium, aus norwegischen Fonds, dem polnischen Außenministerium, der Polish-American Freedom Foundation und dem Europarat. Die Pułaski-Stiftung belegt seit Jahren einen hohen Rang im Global Go To Think Tank Index der Universität Philadelphia. Im Jahr 2020 nahm sie Platz 1 auf der Liste der Denkfabriken in Polen in der Kategorie Top Defense and National Security und Platz 22 auf der Liste der Top Think Tanks 2020 in Mittel- und Osteuropa ein. Sie ist Gewinner des Think Tank Awards 2017 in der Kategorie Best EU International Affairs Think Tank, der von der britischen Zeitschrift Prospect verliehen wird.

Die Kompetenz des Teams der Pułaski-Stiftung mit mehr als 50 Experten und sein beeindruckendes Netzwerk an Kontakten und damit der direkte Einblick in die internationale Politik zeigt sich insbesondere im Rahmen des jährlich stattfindenden Warsaw Security Forum (WSF), der größten internationalen Sicherheitskonferenz in der Region. Das WSF ermöglicht Entscheidungsträgern aus EU- und NATO-Ländern den Austausch von Ideen und Positionen. In den letzten Jahren

war die Pułaski-Stiftung bei der Organisation des WSF auf gute Kontakte zur polnischen Regierung angewiesen. Infolge des Regierungswechsels ist eine Neuorientierung notwendig, die vermutlich schnell und ohne größere Probleme vorantgetrieben wird. 2023 legte die Pułaski-Stiftung den Bericht »Central and Eastern Europe (CEE) as a New Center of Gravity: Recommendation on Strengthening Regional, European and Transatlantic Security« vor. Hier stellen rund 30 international anerkannte Experten Positionen zu den Themen Verteidigung, demokratische Resilienz, Energie sowie Klima- und Cybersicherheit vor, die als Handlungsaufforderung an Entscheidungsträger gedacht sind.

Eine weitere Institution ist der German Marshall Fund of the United States (GMF), der sich aus Beiträgen von Einzelpersonen, Stiftungen, Unternehmen, US-amerikanischen und ausländischen Regierungsstellen finanziert. Zu den zahlreichen strategischen Geldgebern gehören u. a. die Außenministerien Deutschlands, Schwedens, Belgiens und der Slowakei, die Europäische Kommission und die Georgetown University. Der GMF hat seinen Hauptsitz in Washington DC und unterhält Büros in Ankara, Berlin, Belgrad, Brüssel, Bukarest, Paris und Warschau. Die Aufgabe des relativ kleinen Warschauer Büros, das 2011 eingesetzt wurde, ist es, Expertise und Empfehlungen zu transatlantischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen sowie zur Demokratie in Mitteleuropa und den Ländern der Östlichen Partnerschaft zu erarbeiten und Debatten anzustoßen (die amerikanisch-polnischen Beziehungen, die deutsche Sicherheitsstrategie, die Bedeutung der amerikanisch-polnisch-deutschen Führung und Zusammenarbeit im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine u.ä.). Durch die Zusammenführung von Experten und Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft trägt der GMF zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen bei. Der Leiter des Warschauer Büros, Michał Baranowski, ist ein renommierter Experte für die NATO, die transatlantischen Beziehungen und die Außenpolitik der USA, der häufig von Associated Press, Financial Times, Wall Street Journal, Die Welt, Reuters u. a. zitiert wird.

Der Schwerpunkt des European Council on Foreign Relations (ECFR) ist es, zur Entwicklung und Europäisierung der nationalen Debatten im Kontext der europäischen außenpolitischen Prioritäten und Herausforderungen beizutragen. Zu diesem Zweck bringt der ECFR europäische politische Entscheidungsträger, Experten und Vertreter von NGOs zusammen. Die Hauptthemen der Arbeit des ECFR sind Klima, Geo-Ökonomie, Verteidigung, Sicherheit, Technologien und Migration. Die von ihm entwickelten Programme betreffen die Regionen Afrika, Asien, Europa, den Nahen Osten, Nordafrika und die USA. Der ECFR hat Büros in Berlin,

London, Madrid, Paris, Rom, Sofia und Warschau. Das Warschauer Büro wird von dem renommierten Europa- und Außenpolitikexperten Piotr Buras geleitet. Das ECFR organisiert zahlreiche Seminare und Debatten, und Buras selbst ist Autor zahlreicher Beiträge in polnischen und ausländischen Medien sowie von Analysen zu Themen wie der EU-Erweiterung, der Energiewende in Polen, der Zukunft Europas, dem europäischen Plan zur Unterstützung der Ukraine im russischen Angriffskrieg und der Integration der Ukraine und der Länder der Östlichen Partnerschaft in die Europäische Union.

Das Zentrum für Internationale Beziehungen (CSM), das aktuell von Małgorzata Bonikowska geleitet wird, wird seit 2009 in der von der University of Pennsylvania durchgeführten Studie »The Leading Public Policy Research Organizations In The World« als einer der besten Thinktanks in Mittel- und Osteuropa anerkannt. In seiner bisherigen Tätigkeit hat das CSM einen besonderen Schwerpunkt auf die Themen NATO und internationale Sicherheit, verschiedene Aspekte der europäischen Integration und Polens Position in der EU, transatlantische Beziehungen, Ostpolitik, Migration, Klima- und Energiepolitik sowie die bilaterale und multilaterale Ausrichtung der polnischen Außenpolitik gelegt. Dem CSM gehören zahlreiche Experten an, darunter z. B. der ehemalige polnische Botschafter in den USA und Deutschland, Janusz Reiter (er ist Gründer des CSM). Das CSM veröffentlicht zahlreiche Analysen zu verschiedenen Aspekten der Außenpolitik, z. B. zur deutschen Zeitenwende, neuen europäischen Energieordnung, Diversifizierung der Energiequellen, Zukunft der Europäischen Union, Strategie für einen Sieg der Ukraine im Krieg mit Russland und transatlantischen Zusammenarbeit.

Ausblick

Auch Deutschland erwartet, dass Polen eine starke Position in der Europäischen Union einnimmt und die Initiative ergreift, an neuen europäischen Lösungen zu arbeiten. Deutschland hatte seit dem Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine nur begrenzte Möglichkeiten, neue Lösungen für die Ostpolitik und insbesondere die künftigen Beziehungen zu Russland vorzuschlagen. Seine in den letzten Jahrzehnten verfolgte Politik gegenüber Russland, die auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und politischen Einfluss ausgerichtet war, hat sich als fehlgeleitet und kurzsichtig erwiesen. Sie hat dazu geführt, dass viel Vertrauen der mittel- und osteuropäischen Partner in die deutsche Politik verloren ging. Eine deutsche Führungsrolle bei der Initiierung und Umsetzung einer neuen europäischen Ostpolitik ist zurzeit nur schwer vorstellbar. In einer solchen Situation wird die Rolle Polens in der EU umso wichtiger sein. Von Polen könnten gute und vernünftige

Ideen ausgehen, die den Interessen und der Sicherheit Polens sowie Europas dienen. Polens Glaubwürdigkeit auf diesem Feld würde durch eine auch in der Vergangenheit kritische Politik gegenüber Russland und, wie das Jahr 2022 gezeigt hat, durch seine richtige Einschätzung untermauert. Nach dem Angriff Russlands auf die

Ukraine ist der Vorwurf der Russophobie, der Polen früher gemacht wurde, nicht mehr haltbar. Die von hier ausgehenden Initiativen sollten von Deutschland mitgetragen und z. B. in Kooperation im Weimarer Dreieck weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Über die Autorin

Dr. *Joanna Andrychowicz-Skrzeba* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Warschau, wo sie das Programm Außenpolitik koordiniert. Ihr Schwerpunkt sind die deutsch-polnischen Beziehungen. Vorher war sie in der Verwaltung des Sejm sowie für verschiedene NGOs tätig.

DOKUMENTATION

Das Außenministerium der Republik Polen – 100 Tage im Amt

22. März 2024

Polen kehrt auf einen angemessenen Platz in Europa und der Welt zurück

Ministerpräsident Donald Tusk hat angekündigt, dass Polen auf den Platz zurückkehren wird, der ihm in Europa und der Welt zusteht. Im Laufe der vergangenen drei Monate wurde Warschau zu einem wichtigen Ziel für europäische und globale Leader. Der Außenminister empfing u. a. seine Amtskollegen aus Japan, Frankreich, Kanada, Großbritannien, Portugal, Estland und Litauen sowie zahlreiche Vertreter internationaler Organisationen. Er selbst fuhr in die Ukraine, nach Litauen, in die Vereinigten Staaten, nach Deutschland, Frankreich, Finnland und Tschechien. Er nahm am Wirtschaftsforum in Davos und der Münchner Sicherheitskonferenz teil. Warschau ist zu einem wichtigen Bezugspunkt für die Außenpolitik vieler Hauptstädte geworden. Die neue Regierung gab die Politik der Selbstisolierung auf. Wir suchen keine Feinde mehr unter Freunden in einer Zeit, da ein mächtiger Feind – Russland – in der Ukraine Krieg führt.

Rückkehr in den Kreis rechtsstaatlich agierender Länder

Der Außenminister gab am zweiten Tag seiner Amtsausübung bekannt, dass Polen die Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte umsetzen und der Europäischen Staatsanwaltschaft beitreten wird. Damit kehrt unser Land in den Kreis der Staaten zurück, die sich in ihrem öffentlichen Leben von den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit leiten lassen.

Krieg in der Ukraine – eine Prüfung für die aktuelle Politikergeneration

Die wichtigste Aufgabe seit den ersten Arbeitstagen der neuen Leitung des Außenministeriums sowie der gesamten polnischen Regierung ist die Unterstützung der Ukraine, die gegen die russische Aggression kämpft, und der Widerstand gegen den russischen Imperialismus.

Seit Beginn seiner Amtszeit bemühte sich Radosław Sikorski um umfassende Hilfe für die Ukraine, insbesondere um militärische Unterstützung. Er rief dazu auf, die eingefrorenen russischen Finanzmittel zugunsten der Ukraine einzusetzen. Er initiierte und nahm aktiv am Projekt der Aufstockung der European Peace Facility um weitere fünf Mrd. Euro teil, die für den Kauf von Waffen für die ukrainischen Streitkräfte bestimmt sind. Die Verabschiedung dieser Lösung auf der letzten Sitzung des EU-Außenministerrates (18. März 2024) ist unser Erfolg. Gleichzeitig beteiligt sich Polen an der tschechischen Initiative zur Munitionsbeschaffung und setzt sich aktiv für weitere Formen der Unterstützung für die kämpfende Ukraine ein, wie den Tallinn-Mechanismus, der Hilfe im Bereich der Cybersicherheit leistet und in Zusammenarbeit mit Dänemark, Estland, Frankreich, Kanada, den Niederlanden, Deutschland, Schweden, den USA und Großbritannien umgesetzt wird.

Die Unterstützung der ukrainischen Seite war auch ein wichtiger Bestandteil der Medienaktivitäten des Außenministers. Während seines USA-Besuches zeigte Radosław Sikorski hier viele Male seinen persönlichen Einsatz, u. a.

bei seinem Auftritt im Atlantic Council und bei seinen Treffen bei den Vereinten Nationen in New York sowie auch in Gesprächen mit ausländischen Partnern, u. a. mit dem Premierminister [sic!] Großbritanniens, David Cameron. Beide Minister veröffentlichten außerdem einen gemeinsamen Artikel im Portal Politico und in der Tageszeitung The Sun und nahmen – gemeinsam mit der Außenministerin Deutschlands, Annalena Baerbock – an einer von der Tageszeitung Wall Street Journal organisierten Diskussion teil. Während seines Besuches in den USA gab Außenminister Sikorski zahlreiche TV- und Presseinterviews, u. a. in der Washington Post und dem Wall Street Journal, den TV-Sendern CNN und Bloomberg, und nahm an einem Treffen in den Räumen der Tageszeitung New York Times teil.

Minister Sikorski hat viele Male betont, dass der Sieg der Ukraine und die Niederlage Putins im polnischen strategischen Interesse liegen. Nur auf diese Weise lassen sich der russische Imperialismus stoppen und die langfristige Sicherheit Polens garantieren.

Die Wiederaufnahme des Dialogs mit der Ukraine

Das Ziel des ersten Auslandsbesuches des Außenministers am 22. Dezember 2023 war die Ukraine. Der Besuch diente dazu, die Prioritäten der polnischen Außenpolitik zu zeigen und die politischen Beziehungen zwischen Warschau und Kiew zu verbessern. Die polnische Diplomatie engagierte sich im Verhandlungsprozess für eine Lösung der Probleme am Agrarmarkt sowie im Bereich der Transportlogistik. Begleitet wurde der Minister von Vertretern des Infrastruktur- sowie des Landwirtschaftsresorts.

Polen wird die Ukraine weiter im Krieg gegen Russland unterstützen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Interessen unserer beiden Länder in jedem Bereich übereinstimmen. Das Außenministerium vertritt den Standpunkt, dass die Interessen der polnischen Bauern und Transportunternehmen geschützt und Probleme im Dialog mit der ukrainischen Regierung und der Europäischen Kommission gelöst werden müssen.

Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks

Die Gespräche mit der Außenministerin Deutschlands und dem Außenminister Frankreichs führten zur Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks, das 1991 als Format der Zusammenarbeit gegründet und jahrelang zugunsten der polnischen Außenpolitik genutzt wurde. Das Weimarer Dreieck in seinem aktuellen Format stärkt die Position Polens und ermöglicht, auf die europäische Politik Einfluss zu nehmen. Das erste Treffen der drei Außenminister in Saint Cloud (12. Februar 2023 [sic!]) umriss den großen Bereich der Zusammenarbeit der drei Staaten. Es ging dem Treffen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, des Bundeskanzlers Olaf Scholz und des Ministerpräsidenten Donald Tusk (12. März in Berlin) voraus.

Die Rückkehr zum Dialog mit Deutschland

Während des bilateralen Treffens am 30. Januar 2024 in Berlin zeigte der Außenminister, dass auch schwierigste Themen wie die Frage der Wiedergutmachung für Kriegsschäden, die Polen während des Zweiten Weltkrieges erfahren hat, und die Erinnerung an die polnischen Opfer auf dem Weg des Dialogs gelöst werden können. Deutschland wird ermutigt, seine Vorschläge zur Entschädigung zu präsentieren (Unterstützung noch lebender Opfer, Wiederaufbau einiger historischer Gebäude, Investitionen in die polnische Sicherheit), weil sich auch die deutsche Seite in moralischer Verantwortung für die Lösung dieser Angelegenheit auf rechtlichem und finanziellem Wege einsetzen sollte.

Bekämpfung der russischen Desinformation

Die polnische Diplomatie hat begonnen, die russische Desinformation und Lügen über unsere Geschichte zu bekämpfen. Die Intervention des polnischen Außenministers nach dem Auftritt des russischen Botschafters im Forum des UN-Sicherheitsrates zeigt, dass sich unser Land aktiv der russischen Propaganda entgegenstellen wird. Unabhängig davon, ob der Urheber russischer Desinformation und pseudohistorischer Ausführungen ein russischer Botschafter oder Wladimir Putin ist.

Ein Instrument zur Bekämpfung der russischen Propaganda sowie zur Informierung über die Ziele der polnischen Diplomatie werden u. a. die Fernsehsender TVP World und TV Bielsat sein, die aus Mitteln des Außenministeriums mitfinanziert werden.

[...]

Entpolitisierung und Professionalisierung der diplomatischen Vertretungen

Der Außenminister hat angekündigt, rund 50 Botschafter der diplomatischen Vertretungen abuberufen sowie einige Dutzend Anträge auf Berufung neuer diplomatischer Vertreter zurückzunehmen. Das Ziel dieses Vorgehens ist die Professionalisierung und Entpolitisierung der polnischen Diplomatie. Der Außenminister zeigt sich überzeugt, dass

ein solches Ziel auch dem Präsidenten der Republik Polen als Beispiel dient, dem das in der Verfassung verankerte Recht zukommt, Botschafter zu berufen und abzuberufen. Jedoch liegt die Außenpolitik im Verantwortungsbereich der Regierung.

Das polnische Außenministerium hat den Leitsatz: »Polen dienen – Europa mitgestalten – die Welt verstehen.« Es ist nicht der Fall, dass wir uns »von den Knien erheben«, denn Polen lag nie auf den Knien. Wir wollen, dass Polen schön, modern und sicher ist. Die Diplomatie ist die vorderste Linie, die Republik zu verteidigen [im Original hervorgehoben, Anm. d. Übers.].

Der Sprecher des Außenministeriums

Paweł Wroński

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Spraw Zagranicznych RP [Das Außenministerium der Republik Polen]: Ministerstwo Spraw Zagranicznych – 100 dni działalności [Das Außenministerium – 100 Tage im Amt]. <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/ministerstwo-spraw-zagranicznych--100-dni-dzialalnosci> (abgerufen am 12.04.2024).

CHRONIK

19. März – 15. April 2024

19.03.2024	Nach Angaben des Verteidigungsministeriums gehören den polnischen Streitkräften 17.334 Frauen an (Stand 1. März 2024). Sie sind in allen Waffengattungen in verschiedenen Aufgabenfeldern eingesetzt.
20.03.2024	In einem Interview der Deutschen Presseagentur (dpa) sagt Außenminister Radosław Sikorski, dass Soldaten westlicher Staaten längst in der Ukraine seien, was ein »offenes Geheimnis« sei. Russland führt seit mehr als zwei Jahren einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Er bekräftigt, dass Polen keine Bodentruppen entsenden werde, da Polen und die Ukraine 400 Jahre ein Land gewesen seien. Vor diesem Hintergrund könnte die Entsendung von Bodentruppen von der russischen Propaganda ausgenutzt werden. Sikorski begrüßt jedoch den Ansatz des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Option einer Entsendung von Bodentruppen ins Kriegsgebiet in Betracht zu nehmen.
20.03.2024	In ganz Polen finden Proteste und Straßenblockaden von Tausenden Landwirten statt. Sie protestieren gegen EU-Auflagen in der Landwirtschaft, den zollfreien Import von landwirtschaftlichen Produkten und Lebensmitteln aus der Ukraine sowie Beschränkungen für Mastbetriebe.
20.03.2024	Vizelandwirtschaftsminister Michał Kołodziejczak teilt mit, dass zwischen dem Landwirtschaftsministerium und den protestierenden Bauern sehr konkrete Vereinbarungen getroffen worden seien. Unter anderem solle der Transit ukrainischer landwirtschaftlicher Produkte und Lebensmittel gestoppt werden, bis mit der Ukraine hierfür bilaterale Regeln erarbeitet worden sind. Auslöser der Bauernproteste war u. a., dass sich der Transit de facto in einen zollfreien Import mit finanziellen Verlusten für die polnischen Landwirte entwickelt hat. Kołodziejczak kündigt an, dass dazu am Folgetag ein Treffen mit ihm, Landwirtschaftsminister Czesław Siekierski, dem Botschafter der Ukraine Wasyl Swarytsch und dem stellvertretenden Minister für Landwirtschaft und Wirtschaft der Ukraine, Taras Katschka, stattfinden soll. Die zollfreie Einfuhr der ukrainischen Produkte war infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine von der Europäischen Union beschlossen worden.
20.03.2024	Als Reaktion auf die europaweiten Bauernproteste, u. a. in Polen, einigen sich die EU-Mitgliedsländer und die Europäische Kommission auf Beschränkungen des zollfreien Imports für landwirtschaftliche Produkte aus der Ukraine.
23.03.2024	Paulina Hennig-Kloska, Ministerin für Umwelt und Klima, teilt mit, dass am Vortag die von Mitarbeitern des UNESCO World Heritage Centre (WHC) und der International Union for Conservation of Nature (IUCN) durchgeführte einwöchige Begehung und Expertenanhörung zum Białowieża-Urwald (Nordostpolen) beendet wurde. U. a. soll der Einfluss des Sicherheitszaunes an der polnisch-belarusischen Grenze, der das Gebiet zerteilt, bewertet werden.

24.03.2024	Im Zusammenhang mit einem russischen Raketenangriff auf die Westukraine meldet die Führung der Operativen Teilstreitkräfte der polnischen Armee, dass eine russische Rakete am frühen Morgen für 39 Sekunden ca. 2 Kilometer tief in den polnischen Luftraum in der Woiwodschaft Lublin (województwo lubelskie) eingedrungen ist. Die Verteidigungssysteme der polnischen Luftwaffe seien aktiviert worden. Andrzej Szejna, Staatssekretär im Außenministerium, kündigt an, dass der russische Botschafter ins Außenministerium einbestellt wird und ihm eine Protestnote überreicht wird.
25.03.2024	Marek Prawda und Robert Kupiecki, Unterstaatssekretäre im Außenministerium, empfangen Jens Plötner, Sicherheitsberater von Bundeskanzler Olaf Scholz. Thema des Treffens sind die deutsch-polnischen Beziehungen, insbesondere Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der Sicherheitspolitik, und die Unterstützung der Ukraine, die sich in einem Angriffskrieg vonseiten Russlands befindet. Für die konstruktive Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten sowie in der NATO wird die Bedeutung des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen) hervorgehoben. Prawda betont, dass die Zukunft Europas davon abhängt, ob sich die Ukraine wirksam gegen die russische Aggression zur Wehr setzen kann. Nur dann sei es möglich, die imperialen Bestrebungen Russlands dauerhaft zu stoppen.
26.03.2024	Umweltministerin Paulina Hennig-Kloska teilt mit, dass die aus Deutschland stammenden 20.000 Tonnen Abfall, die illegal nach Tuplice (Woiwodschaft Lebusen Land/województwo lubuskie) verbracht worden waren, bis zum 31. Oktober nach Deutschland zurückgeholt werden. Darauf haben sich das Ministerium und das bundesdeutsche Ressort geeinigt. An weiteren sechs Orten befinden sich noch insgesamt 15.000 Tonnen illegal eingeführten Mülls aus Deutschland. Die Vorgängerregierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) hat in dieser Angelegenheit 2023 eine Klage bei der Europäischen Kommission gegen Deutschland eingereicht und die Sache vor den Europäischen Gerichtshof gebracht, da an Deutschland gerichtete Schreiben erfolglos waren. Die Europäische Kommission hat entschieden, dass Deutschland die Abfälle zurücknehmen muss.
28.03.2024	In Warschau finden die ersten polnisch-ukrainischen Regierungskonsultationen statt. Auf der Pressekonferenz mit seinem ukrainischen Amtskollegen Denys Schmyhal im Anschluss weist Ministerpräsident Donald Tusk darauf hin, dass Polen sich wie mit Kiew vereinbart in der EU für die Einfuhrblockade für Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte aus Russland und Belarus in die EU eingesetzt habe. Es fehle nur noch die formale Entscheidung, dass die EU Zollzahlungen in Höhe von 50 Prozent verhängt, was einem Embargo gleichkomme. Weiter sagt Tusk, in den polnisch-ukrainischen Konsultationen seien sie auch Lösungen näher gekommen, was die Menge der nach Polen importierten landwirtschaftlichen Produkte aus der Ukraine sowie den Transit durch Polen und die angebotenen Dienstleistungen der ukrainischen Logistikunternehmen betrifft. Der polnische Markt solle keinen Schaden nehmen. Seit mehreren Monaten protestieren polnische Bauern sowie LKW-Fahrer gegen Produkte und Transporte aus der Ukraine, die den EU-Standards nicht entsprechen und kostengünstiger sind, was zu Störungen am polnischen Markt führt.
29.03.2024	Präsident Andrzej Duda legt sein Veto gegen das Gesetz über die »Pille danach« ein und verweist es an den Sejm zurück. Er könne kein Gesetz akzeptieren, dass »Kindern unter 18 Jahren den Zugang zu Verhütungsmitteln ohne ärztliche Kontrolle und unter Umgehung der Eltern ermöglicht«, heißt es in der Mitteilung der Präsidentskanzlei.
02.04.2024	Bei einem Luftangriff des israelischen Militärs im Gazastreifen kommen sieben internationale Mitarbeiter der Hilfsorganisation World Central Kitchen, darunter ein polnischer Staatsbürger, ums Leben. International wird Entsetzen geäußert und Aufklärung von Israel gefordert. Das polnische Außenministerium teilt mit, Polen sei »mit der mangelnden Einhaltung des humanitären Völkerrechts und des Schutzes der Zivilbevölkerung, einschließlich humanitärer Helfer, nicht einverstanden«.
02.04.2024	In einem Gespräch mit seinem israelischen Amtskollegen Israel Katz fordert Außenminister Radosław Sikorski die unabhängige Untersuchung des israelischen Militäreinsatzes im Gazastreifen, bei dem sieben internationale Mitarbeiter der Hilfsorganisation World Central Kitchen, darunter ein Pole, ums Leben kamen. Die polnische Staatsanwaltschaft werde Ermittlungen aufnehmen. Sikorski unterstreicht, es sei für die Glaubwürdigkeit der Handlungen Israels und die Zukunft des Friedens im Nahen Osten notwendig, dass die israelische Militäraktion im Gazastreifen von einem politischen Prozess und Angeboten für die palästinensische Nation begleitet werden.
03.04.2024	Miłosz Motyka, Vizeminister für Klima und Umwelt, Mark Brzezinski, US-Botschafter in Polen, und Michael Goff aus dem US-Energieministerium eröffnen in Warschau das polnisch-US-amerikanische Schulungszentrum für saubere Energie (Clean Energy Training Center – CETC), das dem Polytechnikum Warschau zugeordnet ist. Aufgabe des Zentrums ist es, das Personal für den Atomenergiesektor in Polen zu schulen und die Nutzung der Kernenergie in Polen voranzubringen. In der Woiwodschaft Pommern (województwo pomorskie) entsteht in Zusammenarbeit mit den USA das erste Atomkraftwerk in Polen.

04.04.2024	Präsident Andrzej Duda fordert von Israel Entschädigungszahlungen für die Angehörigen eines polnischen Mitarbeiters der Hilfsorganisation World Central Kitchen im Gazastreifen, der durch einen Angriff der israelischen Verteidigungskräfte vor zwei Tagen ums Leben kam.
04.04.2024	Im ganzen Land protestieren Bauern vor ausgewählten Abgeordnetenbüros, wo sie z. T. Strohballen und Jauchefässer abladen. Der Protest richtet sich gegen den europäischen Green Deal und die unkontrollierte Einfuhr von Weizen und anderen landwirtschaftlichen Produkten aus Ländern außerhalb der EU, die nicht die EU-Standards erfüllen. Die Bauern kritisieren, dass die Regierung die mit den Bauern Mitte März getroffenen Vereinbarungen nicht umsetzt. Das Landwirtschaftsministerium verweist darauf, dass es sich um ressortübergreifende Vereinbarungen handelt, deren Umsetzung Zeit brauche.
05.04.2024	Der israelische Botschafter Yacov Livne wird ins Außenministerium einbestellt. Hintergrund ist, dass Anfang der Woche bei einem Luftangriff des israelischen Militärs im Gazastreifen sieben internationale Mitarbeiter der Hilfsorganisation World Central Kitchen, darunter ein polnischer Staatsbürger, ums Leben gekommen waren. Livne sagte danach in einem Interview im Kanal Zero, dass solche Vorfälle passieren können, was in Polen scharfe parteiübergreifende Kritik hervorrief. Eine Entschuldigung formulierte er nicht. Livne wird bei der Einbestellung eine Protestnote überreicht. Polen fordere die Aufklärung des Vorgangs und Zugang zu Informationen sowie eine Entschädigung für die Familie des polnischen Opfers, sofern diese eine Entschädigung wünsche, sagt Staatssekretär Andrzej Szejna im Anschluss. Livne habe sich nun, ebenso wie vorher der Präsident Israels, für den Vorfall entschuldigt. Polen vertrete im israelisch-palästinensischen Konflikt weiterhin die Zweistaatenlösung.
07.04.2024	In Polen finden die Kommunalwahlen statt. Am Abend veröffentlicht das Befragungsinstitut Ipsos Ergebnisse zu den Woiwodschaftslandtagen (sejmik). Im Landesdurchschnitt erhielt Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) 33,7 Prozent, die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) 31,9 Prozent, Dritter Weg (Trzecia Droga) 13,5 Prozent, Konföderation (Konfederacja) 7,5 Prozent, Die Linke (Lewica) 6,8 Prozent, der Verband Parteilose Selbstverwalter (Stowarzyszenie Bezpartyjni Samorządowcy) 2,7 Prozent, andere 3,9 Prozent. Die Stichwahlen für das Amt des Gemeindevorstehers, Bürgermeisters bzw. Stadtpräsidenten finden am 21. April statt.
08.04.2024	Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO) zeigt sich erfreut über die gewonnenen Kommunalwahlen in den Städten und die Mehrheit in den Woiwodschaftslandtagen (sejmik). Grund zur Sorge seien jedoch die Niederlage im östlichen Landesteil und auf dem Land sowie die geringe Wahlbeteiligung insbesondere unter jungen Menschen. Die Kommunalwahlen fanden am Vortag statt.
10.04.2024	Das europäische Parlament beschließt den Migrationspakt, der die Migration in die Europäische Union besser steuern soll, indem z. B. Personen, die kaum Aussicht auf ein Bleiberecht in der EU haben, schneller und direkt von den EU-Außengrenzen abgeschoben werden. Außerdem ist vorgesehen, dass bis zu 30.000 Menschen jährlich innerhalb der EU umverteilt werden. Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, müssen Geldzahlungen leisten. Ministerpräsident Donald Tusk sagt nach der Abstimmung, dass Polen dem Relokationsmechanismus inkl. Geldzahlungen nicht zustimmt. Er vertrete weiterhin den Standpunkt, dass es die Hauptaufgabe der EU und der Nationalstaaten sei, die EU-Außengrenzen zu kontrollieren und das eigene Territorium zu schützen. Insbesondere die sog. Visaaffäre der Vorgängerregierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) bestärke ihn in seiner Haltung, so Tusk.
11.04.2024	Ministerpräsident Donald Tusk empfängt in Warschau die Ministerpräsidentin von Estland, Kaja Kallas. Thematisiert werden v. a. Fragen der Sicherheitspolitik auf bilateraler und europäischer Ebene. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss warnt Tusk davor, dass das Regime in Belarus erneut Migrationsdruck an den EU-Außengrenzen herbeiführen könne, um eigene politische Ziele sowie Desintegration und Destabilisierung der Europäischen Union zu bewirken. Tusk sagt, er werde sich bei den europäischen Partnern dafür einsetzen, dass die illegale Migration und der Schutz der östlichen EU-Länder und ihrer Außengrenzen mit Priorität behandelt werden.
12.04.2024	Der Sejm stimmt mit 244 Ja-Stimmen und 199 Nein-Stimmen (keine Enthaltungen) für eine Gesetzesnovelle zum Landesjustizrat (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS). Deren Ziel ist es, den KRS zu entpolitisieren. Die Novelle sieht vor, dass die 15 Richter-Mitglieder des KRS künftig in direkter und geheimer Wahl von der gesamten Richterschaft bestimmt werden. Seit der letzten Novelle, die im Jahr 2017 von der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) beschlossen wurde, wurden die 15 Personen vom Sejm gewählt. Die aktuelle Gesetzesnovelle wird an den Senat zur Beratung weitergeleitet.

12.04.2024	Der Sejm stimmt für vier Gesetzesentwürfe zur Liberalisierung des Rechtes auf Abtreibung, die an einen am selben Tag berufenen Sonderausschuss zur Beratung weitergeleitet werden. Zwei Gesetzesentwürfe hat Die Linke (Lewica) und jeweils einen die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska) sowie der Dritte Weg (Trzecia Droga) eingebracht. Zurzeit besteht die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs nur, wenn die Schwangerschaft das Leben oder die Gesundheit der Mutter gefährdet oder aus einer Straftat hervorgegangen ist.
15.04.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz sagt in Rzeszów, dass die Produktionskapazitäten der polnischen Rüstungsindustrie nicht ausreichen, was eine Folge der Unterlassungen der Vorgängerregierung sei. So hätten sich nur drei polnische Rüstungskonzerne an der EU-Ausschreibung für Munitionsproduktion in Höhe von 500 Mio. Euro beteiligt und Angebote in Höhe von insgesamt 10 Mio. Euro eingereicht.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2024 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>